



Eingang:

Frankfurt, den 2.März 2005

## Antrag der SPD-Fraktion im Römer

### **Einwendung der Stadt Frankfurt im Planfeststellungsverfahren gegen die Landebahn Nordwest: Die demokratischen Rechte des Parlaments wahren**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, keinen Widerspruch gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Antrag NR 1737 einzulegen und damit eine Einwendung der Stadt Frankfurt im Planfeststellungsverfahren vor Ablauf der Einwendungsfrist zu ermöglichen.

Begründung:

Durch die Terminierung der Sondersitzung des Stadtparlaments auf den letzten Tag der Einwendungsfrist ist die Situation entstanden, dass der Beschluss zur Einreichung der Einwendungen im Planfeststellungsverfahren, der in dieser Sitzung mit der Mehrheit des Parlaments gefasst worden ist, durch einen Widerspruch der Oberbürgermeisterin endgültig blockiert werden kann, da keine Zeit mehr vorhanden ist, um den Widerspruch durch die Stadtverordnetenversammlung zurück zu weisen. Durch dieses Vorgehen werden die demokratischen Rechte des Stadtparlaments ausgehebelt. Die Stadt verliert ihr Klagerecht gegen die Nordwestbahn und ihren Anspruch auf Entschädigung in Millionenhöhe. Dies kann nicht im Sinne der Oberbürgermeisterin sein, insbesondere nicht bei der so wichtigen Frage des Flughafenausbaus.

**SPD-Fraktion im Römer**

**Antragstellerin**

Klaus Oesterling

Stv. Sylvia Weber